



Viel Stabilität, bisher kaum Reformen!

Die Ukraine vor der Kommunalwahl

Ursula Koch-Laugwitz
Oktober 2010

Am 31. Oktober wird in der Ukraine wieder gewählt, fast überall im Land finden die im Frühjahr verschobenen Kommunalwahlen statt.

Fast überall bezieht sich z.B. nicht auf die Hauptstadt Kiew. Anfang September hat die Werchowna Rada die kommunale Selbstverwaltung der Hauptstadt de facto per Beschluss beendet. Außerdem wurde dem sehr umstrittenen Bürgermeister Leonid Tschernowezki, offiziell 2007 für eine Amtszeit bis 2012 gewählt, ein vom Präsidenten ernannter Gouverneur vor die Nase gesetzt und ein neu ernannter Stellvertreter von der Partei der Regionen (PdR) führt die wichtigsten Geschäfte im Rathaus. Der Kiewer Stadtrat leistete im September mit seiner Entscheidung zur Abschaffung der Räte in den Stadtbezirken willkommene Schützenhilfe.

Die Kommunalwahlen sind ein erster grober Indikator für die politische Stimmung und die künftige Richtung der ukrainischen Politik.

Der neue Präsident, Viktor Janukowytsch hat das politische System seit seinem Amtsantritt im Februar nach seinen Vorstellungen vollkommen neu geordnet. Statt eines vielstimmigen, immer widersprüchlichen politischen Chors und politischer Dauerblockade regiert er nun mit seiner Partei der Regionen völlig unangefochten. Hat die Kraft nur für die Konsolidierung der politischen Macht gereicht oder ist es taktisches Kalkül, dass bis zum Wahltag viel Stabilität herrscht und von den angekündigten, wirklichen Reformen kaum etwas zu sehen ist?

Hin und her um das neue Kommunalwahlgesetz

Gewählt wird mit einigen Monaten Verzögerung nach einem neuen Kommunalwahlgesetz. Das im Juli von der Werchowna Rada im Schnellverfahren angenommene erste neue Kommunalwahlgesetz wurde Ende August in einer Sondersitzung nochmals verändert. Die Beratungszeit des ersten Gesetzes betrug 12 Tage zwischen erster und letzter Lesung. Damit war sie zwar deutlich länger als die über den Staatshaushalt, dennoch kann man von einem wirklichen gesellschaftspolitischen Dialog auch hier nicht sprechen.

Zu laut war einerseits, trotz der Ferienzeit, die internationale Kritik an der ersten Fassung des Gesetzes und ihren

neuen, als undemokratisch eingeschätzten Regeln. Andererseits hätte diese Fassung des Gesetzes eine von der Parlamentsmehrheit sicher so nicht intendierte Stärkung der Wahlergebnisse von etablierten Organisationen unter Einschluss der Partei von Julia Tymoschenko zur Konsequenz gehabt. Ihre Partei hätte landesweit als nahezu einzige bemerkbare Alternative oder Auffangbecken für all jene zur Verfügung gestanden, die mit dem neuen Kurs von Präsident und Regierung unzufrieden oder nicht einverstanden sind.

Der Passus, dass nur Parteien antreten dürfen, die seit mindestens einem Jahr vor Ort registriert sind, wurde in der Novelle deshalb schnell wieder verworfen. Zwei relativ junge Parteiorganisationen, die Sylna Ukrajina – Starke Ukraine von Vizepremierminister S. Tihipko und die Front Smin – Front der Veränderungen von A. Jatzenjuk können nun nahezu landesweit an der Kommunalwahl teilnehmen und werden mit großer Wahrscheinlichkeit das Wahlergebnis der Partei Batkiwtschschyna – Vaterland von Tymoschenko schwächen.

Da das neue Wahlgesetz auch in der Endfassung nur die Teilnahme von registrierten Parteien, nicht länger aber von sog. Wahlblöcken gestattet, steht die ohnehin durch viele unterschiedliche Faktoren politisch geschwächte Tymoschenko und ihre Parlamentsfraktion Block Julia Tymoschenko vor einer doppelten zusätzlichen Herausforderung. Sie muss in relativ kurzer Zeit Batkiwtschschyna – ihre angestammte Partei im BJuT landesweit bekannt machen, verliert dadurch in gewisser Weise gleichzeitig ihre personenbezogene Marke BJuT und muss parallel ihre lokalen Parteiorganisationen auf Kurs bringen. Deshalb verwundert es nicht, dass Tymoschenkos Protest gegen die erste Neufassung des Wahlgesetzes sehr leise ausfiel.

In der Schlussfassung des Kommunalwahlgesetzes wurde auch die Zusammensetzung der nun 18-köpfigen Wahlkommissionen verändert, für die jetzt wieder alle Parteien und nicht nur die im Parlament vertretenen, Mitglieder nominieren können. Da aber die Beschlussfähigkeit einer Kommission bereits mit drei Mitgliedern gegeben ist, wird dieses sehr niedrige neue Quorum über den Wahltag hinaus noch viel Streit bedeuten.

Bürgermeisterkandidaten müssen nun zwingend von Parteien nominiert werden. Dadurch wird etlichen unabhängigen, aber erfolgreich arbeitenden Bürgermeistern

entweder ihre lokale Basis entzogen oder sie sind gezwungen, sich in die Obhut einer Partei zu begeben, wenn sie ihre Arbeit fortsetzen wollen. Es verwundert deshalb nicht, dass viele Bürgermeister nun formal für die Partei der Regionen antreten. Da die finanzielle Abhängigkeit der Kommunen vom Zentralbudget sehr groß ist, versprechen sich viele Bürgermeister mit dem Wechsel in die PdR auch gute Beziehungen zur Regierung.

Für die Registrierung von Parteien und ihren Kandidaten – vom 11. September bis zum 8. Oktober – war es im Gegensatz zu früher nicht mehr erforderlich, dass bei den Wahlkommissionen die Programme oder Wahlplattformen mit eingereicht werden. Wie soll sich aber der demokratisch interessierte Wähler unter solchen Umständen vorab informieren oder wie z.B. in Lwiw, wo allein 21 Bürgermeisterkandidaten registriert wurden, die Unterschiede herausfinden können?

Hinzu kommt, dass das ukrainische Kommunalsystem an sich schon sehr komplex ist, so dass Wählern am Wahltag gleich mehrere Wahlzettel überreicht werden können; z.B. die für den regionalen (Oblast-)Rat, den Stadtrat, den Stadtbezirksrat, Dorfrat und zur Bestimmung des Bürgermeisters.

Eine ausführliche Wählerinformation und gesellschaftliche Debatte über die zur Wahl stehenden Alternativen wird unter den neuen Bedingungen und dem enormen Zeitdruck kaum stattfinden können und scheint auch nicht intendiert.

Für den eigentlichen Wahlkampf sind im Gesetz nur drei Wochen vorgesehen.

Präsident Janukowytsch ließ verlauten, dass die Partei der Regionen nicht mit seinem Konfertei werben dürfe. Folgt er damit der Strategie der sogenannte Firtasch-Gruppe bzw. der Gashändler-Fraktion in der PdR oder will er sich vorausschauende von einem Wahlergebnis unterhalb der hohen Erwartungen des Frühjahrs rechtzeitig absetzen?

Durch die Kürze des Wahlkampfes werden aber etablierte Parteien mit lokalen Strukturen und besonders Parteien mit Zugriff auf administrative Ressourcen, wie die PdR, ganz eindeutig bevorzugt.

Unbekannte oder neue Parteien, zumal ohne Medienzugriff und ohne finanzielle Basis, haben kaum eine

Chance auf sich und ihre Plattformen öffentlich aufmerksam zu machen.

Für die Ratswahlen gilt jetzt das gemischte Wahlsystem. Dadurch wird die eine Hälfte der Kandidaten nach dem Verhältniswahlrecht, die andere Hälfte nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt wird. 50 Prozent der Abgeordneten werden nach Parteilisten und 50 Prozent gemäß der Mehrheiten in den Wahlkreisen gewählt.

Bei der Bürgermeisterwahl entscheidet dagegen das relative Mehrheitswahlrecht, so dass auch ein schwaches Ergebnis zum Sieg ausreichen kann. Auch dies bevorzugt in vielen Landesteilen Bewerber der Partei der Regionen.

Das neue Gesetz erlaubt erstmals grundsätzlich unabhängige Wahlbeobachtung durch NGOs etc. auch bei Lokalwahlen, legt aber ihre Befugnisse nicht eindeutig fest. Ob und wie dies in der Praxis funktionieren wird, bleibt abzuwarten.

Welche Themen interessieren?

Hier klaffen Außen- und Innenwahrnehmung ganz deutlich auseinander.

In vielen internationalen Medien dominieren die berechtigte Sorge um die weitere demokratische Entwicklung des Landes, Berichte über Einschränkungen der Pressefreiheit und zunehmende Aktivitäten des Sicherheitsdienstes (SBU).

Verschiedene Meinungsumfragen in der Ukraine ergeben eine ganz andere Gewichtung: hier dominiert die Wirtschaft, die Sorge um die eigene wirtschaftliche Zukunft, die Korruption in Behörden und Justiz sowie der Machtmissbrauch.

Und je älter die befragten Bürger sind, umso pessimistischer äußern sie sich über ihre Zukunftsaussichten.

Die Ukrainer haben im Winter mit knapper Mehrheit Viktor Janukowytsch zum neuen Präsidenten gewählt, viele wollten so auch das politische Dauerchaos der Vorjahre beenden.

Sie haben mehrheitlich für den Kandidaten gestimmt, der die NATO-Beitrittseuphorie zu beenden versprach,

die zerrütteten Beziehungen zum wirtschaftlich und politisch bedeutsamsten Nachbarn Russland normalisieren wollte und der den steilen wirtschaftlichen Niedergang umzukehren in Aussicht stellte.

Die Zustimmung zur PdR sinkt

Die Wiederaufnahme der Zusammenarbeit mit dem IWF hat vorerst den Haushalt der ersten PdR-Regierung unter Ministerpräsident Asarow und die Zahlungsfähigkeit der Ukraine gerettet.

Die Wähler kreiden der Regierung aber die damit verbundenen erzwungenen und überfälligen ersten Reformschritte an: Die beiden ersten Etappen der Gaspreiserhöhung für Haushaltskunden, mit dem Ziel der Beendigung der Subventionierung des Gasverbrauchs, der damit im Zusammenhang stehende deutliche Anstieg der Kommunalabgaben und die ersten Schritte zur Reform des Rentensystems mit der angekündigten schrittweisen Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen von 55 auf 60 Jahre.

Die Erholung der Weltwirtschaft und intensive wirtschaftliche Kooperation mit Russland verhelfen der ukrainischen Wirtschaft 2010 zwar zu einem Wachstum von ca. fünf Prozent. Rein statistisch betrachtet, wird es aber etliche Jahre dauern, bis die Ukraine das Vorkrisenniveau wieder erreicht hat. In der Praxis bedeutet dies, dass viele politische Wahlversprechungen steigenden Wohlstands für die nächsten Jahre nicht eingehalten werden können und sich die Enttäuschung vergrößern wird.

Durchregieren à la Ukraine?

Janukowytsch und seiner Partei der Regionen ist eine sehr umfassende und schnelle Konsolidierung der politischen Macht, unter sehr wohlwollender Begleitung der Judikative, gelungen, die sich im Ergebnis für ihn aber auch zum Bumerang entwickeln kann.

Mit der erwarteten Entscheidung des Verfassungsgerichts vom 1.10.2010 kehrt die Ukraine fast ohne Übergangszeit zur Verfassung von 1996 zurück.

Der Präsident verfügt nun in der jungen Geschichte der Ukraine über eine herausragend starke exekutive Stel-

lung, er ernennt und entlässt »seine« Regierung, seine Partei und die Koalition für »Stabilität und Reformen« dominieren das de facto der Exekutive nachgeordnete Parlament.

Fast alle wichtigen Ämter und Funktionen im Staatsapparat, den Gerichten und in den Staatsbetrieben sind in den letzten Monaten mit Gefolgsleuten der PdR besetzt, fast alle Gouverneure ausgetauscht und dank der Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes winken am 31. Oktober noch etliche neue Bürgermeisterposten.

Die Staatspartei PdR ist aufs Engste mit der vielen Oligarchen verbunden und wirtschaftliche und politische Macht kontrollieren die Medien.

Darüber hinaus profitiert Janukowytsch (noch) vom offenkundigen Dilettantismus seiner Vorgänger und von der Zersplitterung und Orientierungslosigkeit der gegenwärtigen Opposition.

Kritik an der bisherigen Amtszeit von Janukowytsch muss aber den Hinweis einschließen, dass eine Präsidentin Tymoschenko, falls ihr die politischen Kräfteverhältnisse eine vergleichbare Basis geliefert hätten, wohl kaum anders vorgegangen wäre...

Auch Teile seiner nationalen Kritiker halten ihm durchaus zugute, dass er endlich die Ordnung im Lande wiederhergestellt habe. International konnte er in Washington und Brüssel potentielle Kritiker beruhigen.

Jenseits dieser sehr spezifischen Form umfassender politischer Konsolidierung der Macht bleiben er und seine Regierung aber blass bzw. vage. Denn das fachlich durchaus anerkannte »Reformprogramm 2010 – 2014« ist über seinen allgemeinen Ankündigungscharakter noch nicht hinaus gekommen.

Der Beginn der Umsetzung von Teilen dieses Programms stellt für die in der PdR versammelten unterschiedlichen, ja gegenläufigen Wirtschaftsinteressen ein großes Konfliktpotential dar. Drüber hinaus erscheint problematisch, dass in der Geschichte der Ukraine bisher immer der Macht nahe stehende Geschäftsinteressen oder kurzfristige Renditeinteressen einzelner Gruppen oder Personen die makroökonomische Vernunft besiegt haben.

And the winner is... ?

Janukowytsch und die PdR haben mit ganzer Kraft auf die umfassende landesweite Konsolidierung ihrer Macht hingearbeitet. Das neue Wahlgesetz unterstützt diese Absicht.

Ernsthafte politische Herausforderer auf Augenhöhe gibt es bei der Kommunalwahl und absehbar darüber hinaus nicht.

Deshalb wird die Partei der Regionen am Wahlabend landesweit als stärkste Kraft feststehen, die ihre politischen Hochburgen im Süden und Osten hat.

Umfragen lassen vermuten, dass vor allem die Parteien von S. Tihipko, als »Opposition in der Regierung« und A. Jatzenjok an ihre jeweiligen guten Resultate der Präsidentschaftswahl anknüpfen und sich als politische Kräfte weiter etablieren können.

Besonders Tihipko, dessen Bewegung als einzige keine einseitigen regionalen Hochburgen hat, hat die Chance, seine Basis landesweit zu festigen.

Tymoschenko hat die Konsolidierung ihrer »Batkiwschtschyna« nach ihrer Niederlage nicht in den Griff bekommen, eine Aufarbeitung der Fehler hat nicht stattgefunden, so dass sie im Wahlkampf mit internen Querelen beschäftigt ist.

Ihre einst umfassende Medienpräsenz hat sie verloren und zu viele ihrer aktuellen Aussagen scheinen dem Prinzip: »Was geht mich mein Geschwätz von gestern an?« zu huldigen.

Gleichzeitig muss sie, wie das Beispiel der Regionalwahlen im Gebiet Ternopil in der Westukraine 2008 gezeigt hat, in ihren bisherigen Hochburgen ultranationale Konkurrenz von Rechtsaußen (Swoboda) fürchten. Staatsnahe Medien haben diesen Trend dadurch befördert, in dem sie den Führer der Swoboda-Bewegung Oleg Tjagnibok über Monate auf Augenhöhe mit Tymoschenko erscheinen ließen. Swoboda ist zentraler Gegenstand fortwährender Gerüchte über eine »gelenkte Demokratie« nach russischem Vorbild, in der einer regierungsfreundlichen, gezähmten Opposition Wahlerfolge ermöglicht werden.

Wahlfälschungen und -manipulationen wird es am 31. Oktober sicher hie und da geben, sind insgesamt aber keinesfalls in wahlentscheidendem Ausmaß zu erwarten.

Prognosen zur Wahlbeteiligung sind schwierig. In Umfragen lassen zwar erstaunlich viele Befragte – drei Viertel – ihre Wahlbereitschaft erkennen, aber diese Aussagen richten sich zu einem Teil auch nach den Erwartungen der Fragenden.

Etwa zwei Drittel glauben diesen Umfragen zu folgen nicht, dass der Präsident seine Wahlversprechen erfüllen wird und eine Mehrheit befürwortet die Tätigkeit der Regierung aktuell nicht mehr.

Im Vertrauensranking der bekanntesten Politiker liegt Tihipko vor Janukowytsch, Asarov, Jatzenjok, und Lytwyn, erst danach reiht sich Tymoschenko ein.

Fest steht aber heute schon, dass es gegen das weitere Erstarren autoritärer Tendenzen in der Ukraine am Wahltag keine relevante Gegenströmung geben wird.

Wenn die Ukraine nicht nur politisch stabilisiert, sondern auch auf einen nachhaltigen ökonomischen Wachstumspfad geführt werden soll, muss Janukowytsch seine umfassende Macht auch dafür einsetzen und sich seinen politischen Kritikern im demokratischen Alltag stellen.



Über die Autorin

Ursula Koch-Laugwitz ist Leiterin des FES-Büros in Kiev.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7724 | Fax: ++49-30-269-35-9250
www.fes.de/international/moe

Bestellungen/Kontakt hier:
info.moe@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.

ISBN 978-3-86872-520-9